

Bundeskanzleramt
Bundeskanzler Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 12. Juni 2024

Offener Brief

60 Verbände fordern: Schutz der Kinder vor ungesunder Lebensmittelwerbung muss jetzt gesetzlich verankert werden!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

das Gesetz für Beschränkung von Werbung für ungesunde Lebensmittel, die sich an Kinder richtet (KLWG), steht voraussichtlich bald im Kabinett zur Diskussion. Die Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK) appelliert gemeinsam mit **60** weiteren Verbänden eindringlich an Sie, noch vor der Sommerpause dieses Gesetz konsequent und wirkungsvoll umzusetzen.

Mehr als ein Jahr nach der Vorstellung der Eckpunkte und eines ersten Referentenentwurfs durch Bundesernährungsminister Cem Özdemir sind wir weiterhin besorgt über den politischen Stillstand beim Kinderschutz in der Lebensmittelwerbung. Die Ampel-Koalition hat den klaren Auftrag aus dem Koalitionsvertrag, den Schutz der Kinder vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt sicherzustellen.¹ Effektive Regelungen sind überfällig und dürfen nicht scheitern.

Mit großer Sorge haben wir in den vergangenen Monaten die Debatte und den Stillstand rund um dieses Vorhaben verfolgt. Als breites Bündnis aus Organisationen, Verbänden und Initiativen aus Medizin, Gesundheitsförderung, Wissenschaft und Verbraucherschutz setzen wir uns daher erneut vehement für mehr Kinderschutz und eine klare Werberegulierung ein. Die Mehrheit der Verbraucher*innen befürwortet Werbeschränken, um die Gesundheit von Kindern zu schützen.² Auch die wissenschaftliche Grundlage für die Notwendigkeit einer Regulierung ist unbestreitbar: Werbung wirkt, sie steigert das Kauf- und Konsumverhalten und fördert die Ernährungspräferenzen von Kindern.³ Vorschläge, wie eine solche Regulierung umgesetzt werden kann, liegen seit über einem Jahr auf dem Tisch. Jetzt liegt es an den politischen Akteur*innen, diese Vorschläge in ein wirksames und konsequentes Gesetz zu gießen.

¹ [Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit \(spd.de\)](https://www.spd.de/aktuell/politische-beratungen/170614-fortschritt-wagen-bundnis-fuer-freiheit-gerechtigkeit-und-nachhaltigkeit.html) (s. S.36)

² [Kinderschutz: Mehrheit lehnt Werbung für Ungesundes ab | Verbraucherzentrale Bundesverband \(vzbv.de\)](https://www.vzbv.de/verbraucherzentrale-bundesverband-kinderschutz-mehrheit-lehnt-werbung-fuer-ungesundes-ab/)

³ [Politik für eine nachhaltigere Ernährung \(bmel.de\)](https://www.bmel.de/politik-fuer-eine-nachhaltigere-ernahrung.html)

Die Regelungen müssen umfassend sein und dort wirken, wo Kinder Werbung ausgesetzt sind – sei es bei TV-Werbung, Außenwerbung oder Influencer-Werbung in den sozialen Medien. Die omnipräsente Werbung für ungesunde Lebensmittel hat fatale gesundheitliche Folgen. Eltern müssen täglich gegen eine Milliardenindustrie ankämpfen, die ihre Kinder mit geschickten Marketingtricks lockt. Die Gesundheit der Kinder darf nicht zwischen den Interessen der Industrie zerrieben werden. Die Politik muss den Stillstand beenden und die Gesundheit der Jüngsten in unserer Gesellschaft durch ein starkes Gesetz schützen.

Als breites Bündnis bitten wir Sie daher eindringlich: Setzen Sie sich dafür ein, dass das Kinderlebensmittelwerbegesetz als eine wichtige Maßnahme für mehr Kindergesundheit ohne weitere Verzögerungen und ohne Abschwächungen umgesetzt wird.

Wir sind überzeugt: Der Schutz der Kindergesundheit muss Vorrang haben vor den wirtschaftlichen Interessen der Werbeindustrie und der Hersteller ungesunder Lebensmittel.

Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen:

- Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK)
- Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG)